

1. Allgemeine Geschäftsbedingungen

Devware GmbH
Luhnsfelder Höhe 50
42369 Wuppertal
vertreten durch Tibor Csizmadia
Telefon: +49 202 478 269 0
E-Mail: kontaktanfrage@devware.de

- nachfolgend „Anbieter“ -

Hinweis: Diese AGB gelten für das Projekt- und Agenturgeschäft der Devware GmbH. Für Workshops, Seminare und vergleichbare Veranstaltungen gelten gesonderte Allgemeine Geschäftsbedingungen.

§ 1 Geltungsbereich und Begriffe

1.1 Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) gelten für alle Verträge über die Erbringung von IT-Dienstleistungen, insbesondere IT-Beratung, Softwareentwicklung, Webentwicklung, Hosting, Projektmanagement, Wartung und Support, die der Anbieter mit seinen Kunden (nachfolgend "Kunde") schließt.

1.2 Diese AGB gelten sowohl gegenüber Verbrauchern als auch gegenüber Unternehmern. Verbraucher ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließt, die überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können (§ 13 BGB). Unternehmer ist eine natürliche oder juristische Person oder eine rechtsfähige Personengesellschaft, die bei Abschluss des Rechtsgeschäfts in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit handelt (§ 14 BGB).

1.3 Es gelten ausschließlich diese AGB. Abweichende Bedingungen des Kunden werden nicht anerkannt, es sei denn, der Anbieter stimmt ihrer Geltung ausdrücklich in Textform zu.

§ 2 Vertragsschluss

2.1 Die Darstellung von Leistungen in Angeboten, auf der Website, in Prospekten oder in sonstigen Unterlagen stellt kein rechtlich bindendes Angebot dar, sondern eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots.

2.2 Der Kunde gibt ein verbindliches Angebot zum Abschluss eines Vertrags ab durch:

- a) Unterzeichnung eines Angebots des Anbieters oder eines Projektvertrags,
- b) schriftliche oder textförmliche Auftragserteilung (z. B. per E-Mail).

2.3 Der Vertrag kommt zustande, sobald der Anbieter das Angebot des Kunden durch eine Auftragsbestätigung in Textform (z. B. per E-Mail) annimmt oder mit der Ausführung der Leistung beginnt. Eine automatisch erzeugte Empfangsbestätigung des Bestelleingangs stellt noch keine Annahme des Angebots dar.

2.4 Die Vertragssprache ist Deutsch. Der Vertragstext wird vom Anbieter gespeichert und dem Kunden mit der Buchungsbestätigung in Textform übersandt, soweit dies technisch möglich ist.

§ 3 Leistungsumfang und Durchführung

3.1 Gegenstand des Vertrags ist die Erbringung der im jeweiligen Angebot oder Projektvertrag spezifizierten IT-Dienstleistungen. Inhalt, Umfang, Termine und Durchführungsform ergeben sich aus den vertraglichen Vereinbarungen.

3.2 Der Kunde wird den Anbieter bei der Erbringung der vereinbarten Leistungen angemessen unterstützen, insbesondere indem er:

- a) die für die Leistungserbringung erforderlichen Informationen, Unterlagen und Zugänge (z. B. Serverzugangsdaten, API-Keys) rechtzeitig und in geeigneter Form zur Verfügung stellt,
- b) sicherstellt, dass seine technischen Systeme und Infrastrukturen für die Zusammenarbeit mit dem Anbieter geeignet sind,
- c) Ansprechpartner benennt, die für Entscheidungen und den Empfang von Informationen bevollmächtigt sind.

3.3 Änderungen des Leistungsumfangs nach Vertragsschluss (Change Requests) bedürfen der Zustimmung beider Vertragsparteien in Textform. Der Anbieter ist berechtigt, für zusätzliche Leistungen eine angemessene Vergütung zu verlangen und die Fristen entsprechend anzupassen.

3.4 Soweit vertraglich vereinbart, hat der Kunde die erbrachten Leistungen innerhalb einer angemessenen Frist nach Aufforderung durch den Anbieter zu prüfen und abzunehmen. Fordert der Anbieter den Kunden zur Abnahme auf, so gilt die Leistung hinsichtlich derjenigen Mängel als abgenommen, die der Kunde bei der Abnahme erkennen konnte oder bei grober Fahrlässigkeit hätte erkennen müssen, wenn der Kunde nicht innerhalb von 14 Tagen nach Zugang der Aufforderung in Textform die Abnahme unter Angabe mindestens eines Mangels verweigert. Der Kunde bleibt zur Mängelrüge auch nach Ablauf der Frist berechtigt, soweit die Mängel bei der Abnahme nicht erkennbar waren (versteckter Mangel).

§ 4 Preise und Zahlung

4.1 Es gelten die im jeweiligen Angebot oder Projektvertrag zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses angegebenen Preise. Gegenüber Verbrauchern werden die Preise inklusive der gesetzlichen Umsatzsteuer ausgewiesen.

4.2 Die Zahlungsweise ergibt sich aus den vertraglichen Vereinbarungen. Soweit Online-Zahlungen angeboten werden, werden diese über den Zahlungsdienstleister Mollie B.V., Keizersgracht 126, 1015 CW Amsterdam, Niederlande, mit den dort angebotenen Zahlungsarten abgewickelt.

4.3 Rechnungen sind, soweit nicht anders vereinbart, innerhalb von 14 Tagen ab Rechnungsdatum ohne Abzug fällig. Bei Verbrauchern beträgt das Zahlungsziel 14 Tage ab Rechnungsdatum.

4.4 Kommt der Kunde in Zahlungsverzug, ist der Anbieter berechtigt, Verzugszinsen in gesetzlicher Höhe zu verlangen. Die Geltendmachung weiterer Schäden bleibt vorbehalten.

4.5 Eine Aufrechnung durch den Kunden ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig. Ein Zurückbehaltungsrecht kann der Kunde nur geltend machen, soweit es auf demselben Vertragsverhältnis beruht.

§ 5 Leistungsstörungen

5.1 Der Anbieter ist berechtigt, die Leistungserbringung bei höherer Gewalt, insbesondere bei technischen Störungen, Ausfall von Drittsystemen, Streik, behördlichen Anordnungen oder anderen unvorhersehbaren, unabwendbaren und nicht vom Anbieter zu vertretenden Umständen, für die Dauer der Störung auszusetzen.

5.2 Verzögert sich die Leistungserbringung aus Gründen, die der Kunde zu vertreten hat, so kann der Anbieter die hierdurch entstandenen Kosten angemessen in Rechnung stellen. Termine und Fristen verlängern sich entsprechend.

5.3 Bei Dauerschuldverhältnissen (z. B. Wartungs- und Supportverträge) können beide Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von 3 Monaten zum Monatsende kündigen, soweit nicht eine andere Kündigungsfrist vereinbart wurde. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

§ 6 Stornierung und Umbuchung durch den Kunden

6.1 Ein etwaiges gesetzliches Widerrufsrecht für Verbraucher nach § 7 bleibt von den vorstehenden Stornierungsregelungen unberührt und geht diesen vor.

6.2 Für sonstige IT-Dienstleistungen kann der Kunde den Vertrag vor Beginn der Leistungserbringung stornieren. In diesem Fall hat der Anbieter Anspruch auf eine angemessene Vergütung für bereits erbrachte Leistungen und auf Ersatz der ihm entstandenen Aufwendungen. Die Vergütung bemisst sich wie folgt:

- Bei Stornierung bis zu 14 Tage vor dem vereinbarten Leistungsbeginn: 10 % der vereinbarten Gesamtvergütung
- Bei Stornierung bis zu 7 Tage vor dem vereinbarten Leistungsbeginn: 30 % der vereinbarten Gesamtvergütung
- Bei Stornierung weniger als 7 Tage vor dem vereinbarten Leistungsbeginn: 50 % der vereinbarten Gesamtvergütung
- Bei Stornierung am Tag des vereinbarten Leistungsbeginns oder später: 80 % der vereinbarten Gesamtvergütung

Dem Anbieter bleibt der Nachweis eines höheren Schadens vorbehalten. Dem Kunden bleibt der Nachweis vorbehalten, dass dem Anbieter kein oder ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.

§ 7 Widerrufsrecht für Verbraucher

7.1 Verbrauchern steht ein Widerrufsrecht zu, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen. Die Einzelheiten, insbesondere die Widerrufsfrist, die Widerrufsfolgen und das Widerrufsformular, ergeben sich aus der gesondert bereitgestellten Widerrufsbelehrung.

7.2 Das Widerrufsrecht erlischt bei einem Vertrag zur Erbringung von Dienstleistungen vorzeitig, wenn der Anbieter die Dienstleistung vollständig erbracht hat und mit der Ausführung erst begonnen hat, nachdem der Verbraucher dazu seine ausdrückliche Zustimmung gegeben und gleichzeitig seine Kenntnis davon bestätigt hat, dass er sein Widerrufsrecht bei vollständiger Vertragserfüllung durch den Anbieter verliert (§ 356 Abs. 4 BGB).

7.3 Unternehmern steht kein Widerrufsrecht zu.

§ 8 Gewährleistung der Nutzungsrechte

8.1 Der Anbieter gewährleistet, dass die erbrachten Leistungen frei von Sach- und Rechtsmängeln sind und den vertraglichen Vereinbarungen entsprechen. Mängelrügen sind vom Kunden unverzüglich nach Entdeckung in Textform mitzuteilen.

8.2 Bei Mängeln ist der Anbieter zunächst zur Nacherfüllung berechtigt, die nach seiner Wahl durch Beseitigung des Mangels oder durch Neuerbringung der Leistung erfolgen kann. Dem Kunden steht das Recht zu, nach Fehlschlagen der Nacherfüllung die gesetzlichen Mängelrechte (insbesondere Minderung, Rücktritt oder Schadensersatz) geltend zu machen. Die Nacherfüllung gilt als fehlgeschlagen, wenn der Anbieter zwei Nacherfüllungsversuche unternommen hat, die nicht zum Erfolg geführt haben, oder wenn dem Kunden die Nacherfüllung aus Gründen, die der Anbieter zu vertreten hat, unzumutbar ist.

8.3 Soweit im Rahmen der Leistungen Software entwickelt oder Unterlagen erstellt werden, räumt der Anbieter dem Kunden das nicht ausschließliche Recht ein, die Ergebnisse für eigene Zwecke zu nutzen. Der Kunde ist berechtigt, die Ergebnisse innerhalb seines Unternehmens zu vervielfältigen und zu nutzen, soweit dies für die vertragsgemäße Nutzung erforderlich ist. Eine Weitergabe an Dritte oder öffentliche Zugänglichmachung ist ohne vorherige Zustimmung des Anbieters nicht gestattet. Das Urheberrecht verbleibt beim Anbieter, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart wurde.

8.4 Beide Vertragsparteien verpflichten sich, alle im Rahmen der Zusammenarbeit erhaltenen vertraulichen Informationen des anderen Vertragspartners vertraulich zu behandeln und nicht an Dritte weiterzugeben, soweit dies nicht für die Vertragserfüllung erforderlich ist oder gesetzliche Vorschriften dies gebieten.

§ 9 Haftung

9.1 Der Anbieter haftet aus jedem Rechtsgrund uneingeschränkt bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit, bei vorsätzlicher oder fahrlässiger Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, aufgrund eines Garantiever sprechens oder aufgrund zwingender gesetzlicher Haftungsvorschriften.

9.2 Verletzt der Anbieter fahrlässig eine wesentliche Vertragspflicht, ist die Haftung auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt, sofern nicht nach 9.1 unbeschränkt gehaftet wird. Wesentliche Vertragspflichten sind Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Kunde regelmäßig vertrauen darf. Wesentliche Vertragspflichten sind insbesondere:

- die vertragsgemäße Erbringung der vereinbarten IT-Dienstleistungen (z.B. Softwareentwicklung, Webentwicklung, IT-Beratung, Hosting, Wartung und Support),
- die Sicherstellung der Datensicherheit und des Datenschutzes im vereinbarten Umfang,
- die Einhaltung der vereinbarten Leistungsmerkmale und Funktionalitäten,
- die Mitwirkung an einer ordnungsgemäßen Projektabwicklung.

9.3 Im Übrigen ist die Haftung des Anbieters bei einfacher Fahrlässigkeit ausgeschlossen, soweit es sich nicht um die Verletzung einer in Ziffer 9.2 genannten wesentlichen Vertragspflicht handelt. Vorstehende Regelungen gelten auch für die Haftung für Erfüllungsgehilfen und gesetzliche Vertreter.

9.4 Für den Verlust von Daten haftet der Anbieter nur, soweit dieser auf einem vom Anbieter zu vertretenden Verschulden beruht. Der Kunde ist verpflichtet, seine Daten in zumutbarer Weise durch regelmäßige Sicherungskopien vor Datenverlust zu schützen. Ist der Kunde dieser Pflicht nicht nachgekommen, haftet der Anbieter nur für den Schaden, der auch bei ordnungsgemäßer Datensicherung eingetreten wäre. Die Haftung ist auf den typischen Wiederherstellungsaufwand begrenzt, der bei regelmäßiger und gefahrengerechter Anfertigung von Sicherungskopien eingetreten wäre.

§ 10 Datenschutz

Der Anbieter verarbeitet personenbezogene Daten des Kunden zur Durchführung des Vertragsverhältnisses gemäß den geltenden datenschutzrechtlichen Vorschriften, insbesondere der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG). Einzelheiten zur Datenverarbeitung, insbesondere die Art, der Umfang und der Zweck der Verarbeitung, die Empfänger von Daten sowie die Rechte des Kunden (Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Widerspruch, Datenübertragbarkeit), ergeben sich aus der separaten Datenschutzerklärung des Anbieters, die unter <https://www.devware.de/datenschutz> abrufbar ist und dem Kunden mit der Auftragsbestätigung zugeht.

§ 11 Schlussbestimmungen

11.1 Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts. Bei Verbrauchern gilt diese Rechtswahl nur, soweit dadurch der durch zwingende Bestimmungen des Rechts des Staates des gewöhnlichen Aufenthalts des Verbrauchers gewährte Schutz nicht entzogen wird.

11.2 Ist der Kunde Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen oder hat er keinen allgemeinen Gerichtsstand in Deutschland, ist Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus dem Vertragsverhältnis der Sitz des Anbieters. Zwingende gesetzliche Gerichtsstände bleiben unberührt.

11.3 Verbraucherstreitbeilegung: Der Anbieter ist nicht verpflichtet und nicht bereit, an einem Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen.

11.4 Sollten einzelne Bestimmungen dieser AGB unwirksam sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen unberührt.

